

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg – Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

14.06.2023

MdL Christian Albrecht

TOP 15

Beratung des Antrages der Fraktion der CDU

Maßnahmen zur Arbeits- und Fachkräftesicherung auf den Weg bringen

- Drucksache 8/2110 -

Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

das Thema dieses CDU-Antrages begleitet den Landtag nun schon seit vielen Jahren. Aufgrund demografischer Prognosen war lange absehbar, dass die Rekrutierung von Arbeits- und Fachkräften die Unternehmen im Land vor neue Herausforderungen stellen wird.

Schon vor 10 Jahren drangen Klagen an das Ohr der Landespolitik, denn allenthalben bemerkten Personalabteilungen und Geschäftsführungen in Unternehmen unterschiedlichster Größe die Abnahme eingehender Bewerbungen. Die Zeiten, da man potentiellen Beschäftigten mit Blick auf die Arbeitslosenzahlen Arbeits- und Entgeltbedingungen frei nach dem Motto „wenn Sie den Job nicht wollen, da draußen stehen zehn andere“ diktieren konnte, gingen schon damals zu Ende.

Heute ist der Arbeits- und Fachkräftemangel in vielen Bereichen angekommen. Vorbei sind die Zeiten, wo sich die Bewerbungsunterlagen auf den Schreibtischen stapelten und Bestenauslese betrieben werden konnte. Tatsächlich reden wir heute über kein neues Thema, auch wenn der CDU-Antrag das wohl suggerieren soll.

Denn dort muss man lesen, „Neben einer gesicherten und bezahlbaren Energieversorgung zählt aktuell die Arbeits- und Fachkräftesicherung zu den Hauptproblemen der Unternehmen in unserem Land.“

Meine Damen und Herren,

aktuell im Sinne von neu ist daran schlicht gar nichts. Um das zu belegen, zitiere ich beispielhaft aus einem 10 Jahre alten Papier der Sozialpartner DGB und VU. Dort heißt es: „Der demografische Wandel berührt unmittelbar das Arbeitskräfteangebot und damit die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ebenso wie die Sozialsysteme in Mecklenburg-Vorpommern. Bereits heute fehlen in einigen Branchen gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Um dem entgegenzuwirken, wurde am 31.01.2011 das Fachkräftebündnis für Mecklenburg-Vorpommern geschlossen.

Ziel ist die Identifizierung, Erschließung und Sicherung eines ausreichenden und gut qualifizierten Fachkräfteangebotes.“. Mehr als 12 Jahre sind seitdem ins Land gegangen. Und da sei dann doch mal die Frage gestattet, wer mehr als 10 Jahre davon das Wirtschaftsministerium geführt hat. Ich muss aber gar nicht auf das Fachkräftebündnis Bezug nehmen. Genauso gut könnte ich die Konjunkturumfragen von Handwerkskammern und IHK aus dem Jahr 2019 bemühen. Auch dort ist das Thema Fachkräftemangel als TOP 1 der Herausforderungen genannt. Insofern stelle ich fest, wir haben kein Erkenntnis- sondern ein

Umsetzungsproblem. Und das liegt auch am Agieren der CDU in den letzten Jahren, Herr Kollege Waldmüller.

Ich möchte das auch gern belegen. Aus ideologischen oder sonstigen Gründen, betrachten Sie das Thema Beseitigung des Arbeits- und Fachkräftemangels seit Jahren eindimensional. Ja, Politik ist für die Schaffung guter Rahmenbedingungen verantwortlich, da sind selbst wir beide uns einig. Aber der entscheidende Faktor bei der Arbeits- und Fachkräftesicherung sind die Unternehmen selbst. So sieht die korrekte Rollenverteilung aus und genauso agiert die rot-rote Landesregierung auch. Wir wollen das Image des Niedriglohnlandes endlich ablegen.

Wir wollen M-V zum Land der guten Arbeit weiterentwickeln.

Bei uns stehen faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt. Wir schaffen mit der neu aufgestellten Wirtschaftsförderung, der Absicherung der kostenlosen Kinderbetreuung in Kita und Hort, mit einem fortschrittlichen Tarifreuegesetz oder auch mit der gebotenen Wertschätzung für die betriebliche Mitbestimmung einen entsprechenden Rahmen dafür. Denn wir können es uns künftig nicht mehr leisten, dass Schulabgänger sowie gut ausgebildete Arbeits- und Fachkräfte in signifikanter Zahl dem Land den Rücken kehren oder Richtung Westen auspendeln.

Als Linksfraktion unterstützen wir ausdrücklich die Bemühungen des DGB um eine neue Sozialpartnerinitiative „Tarifbindung und Mitbestimmung“. Dabei können Sie uns gern unterstützen und auf die VU und sowie den AGV Nord einwirken, damit den im industriepolitischen Konzept vereinbarten „gemeinsamen strategischen Sozialpartnerinitiativen zur Erhöhung der Tarifbindung in den Branchen“ nun auch endlich einmal Taten folgen. Wenn das messbar gelänge, dann müssten wir in Zukunft vielleicht auch gar keine staatliche Regulierung mit Blick auf Mindestlöhne mehr diskutieren.

Arbeits- und Fachkräfte verlassen uns übrigens nicht aus Jux und Dallerei, dafür gibt es handfeste Gründe. Die Bruttolöhne hierzulande liegen aktuell rund 15 Prozent unter dem Bundesschnitt. Der Nordosten hat immer noch die rote Laterne unter den Bundesländern inne. Dabei gibt es signifikante Unterschiede zwischen den Branchen. Im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich sind die Lohnabstände mit rund 30 Prozent besonders auffällig. Die Prognosen zur sinkenden Zahl der Erwerbspersonen und den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind beunruhigend. Der Wettbewerb um Arbeits- und Fachkräfte nimmt immer mehr kannibalistische Züge an und wird sich weiter verschärfen. Tarifverträge sind ein probates Mittel dagegen, denn dort wo sie gelten, ist der Lohnunterschied zwischen Ost und West vielfach nicht mehr vorhanden.

Auch an den Arbeitsbedingungen kann, ja muss man arbeiten. Natürlich kann man auf parlamentarischen Abenden die Forderung der jungen Generation nach einer gesunden Work Life Balance beklagen, Herr Waldmüller, nur ändern tun Sie damit gar nichts. Und wenn Sie stattdessen wieder flexiblere Arbeitszeitmodelle zu fordern, lässt das nicht nur mich argwöhnen. Mich würde interessieren, ob Sie ernsthaft glauben, mit der Abschaffung des Achtstundentages und der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre die Arbeits- und Fachkräftebedarfe im Tourismus, zum Beispiel in der Hotellerie und Gastronomie lösen zu können.

Solche Ideen und Konzepte aus dem letzten Jahrhundert sind nach meiner Auffassung mit den Ideen, Wünschen und Vorstellungen der jungen Generation von heute schwerlich zusammen zu bringen. Deren Vorstellungen gehen eher Richtung 4-Tage Woche bei vollem Lohnausgleich. Man darf das durchaus auch kritisch beleuchten, nur wird das ja nichts daran ändern, dass wir die jungen Leute von heute als Arbeits- und Fachkräfte benötigen. Wir können uns ja keine anderen backen.

Anderswo ist man da aufgeschlossener. Ich verweise an dieser Stelle einmal auf Studien und Feldversuche dazu u.a. in Island und Spanien.

Dort wurde bereits erfolgreich gezeigt, dass bei einer Reduzierung der Arbeitszeit um bis zu 20 Prozent ohne Absenkung des Entgeltes eine Steigerung von Motivation und Produktivität erreicht werden konnte. Die meisten Unternehmen profitierten davon und konnten ihre Fachkräfte längerfristig an sich binden. Kommen wir zum letzten Punkt Ihres Antrages. Offensichtlich haben Sie die vielen Handwerksanträge der AfD nervös gemacht, denn nun fordern auch Sie eine Landesprämie, diesmal in Höhe von 120 Euro für Praktika von Schülerinnen und Schülern im Handwerk während der Ferien. Und deshalb kann ich Ihnen auch nur genau das gleiche sagen, wie der AfD-Fraktion bei ähnlich gelagerten Initiativen.

Welche Begründung gibt es denn dafür? Erstens, wenn wir uns die TOP 5 der unbesetzten Ausbildungsplätze ansehen, dann stehen ganz oben zum Beispiel Köchinnen und Köche und Verkäuferinnen und Verkäufer. Diese Branchen würden zurecht fragen, warum es die Landesprämie ausschließlich in Handwerksberufen gibt.

Und zum zweiten, bleibe ich dabei, die Sicherung von Fachkräften ist zunächst vornehmste Aufgabe der Unternehmen selbst. Wer hindert diese denn daran, im Schülerpraktikum eine Praktikumsvergütung zu zahlen. Richtig, niemand.

Meine Damen und Herren,

LINKE und SPD arbeiten gemeinsam mit den Sozialpartnern an verbesserten Rahmenbedingungen für die Arbeits- und Fachkräftesicherung. Seit Beginn der Wahlperiode wird an einer Fachkräftestrategie gearbeitet. Und zwar nicht, indem man ein externes Unternehmen damit beauftragt, etwas für die Schublade aufzuschreiben. Zahlreiche Workshops wurden bereits durchgeführt und münden in konkrete Maßnahmen.

Weiterbündnisse, Verknüpfung von Career Services und Welcome Centern, Infokampagne Berufsausbildung in M-V, Career Week oder die finanzielle Unterstützung von Schülerfirmen, alles Beispiele dafür, dass Sie reden und wir handeln.

Den Antrag lehnen wir ab.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.